

Haushaltsrede 2024 ÖDP Fraktion Stadtrat Mainburg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

während manche Gemeinden im Landkreis bereits um die Genehmigung ihrer Haushalte bangen müssen, kann die Stadt Mainburg nicht zuletzt aufgrund der immer noch sehr hohen Gewerbesteuererinnahmen noch etwas zuversichtlicher sein. 24 Millionen Euro Rücklagen lassen die Hoffnung zu, dass einige wichtige Pflichtaufgaben, wie der Interims- und Neubau des eines Kindergartens, die Sanierung des Kindergartens Am Gabis, die Investitionen in beide Grundschulen, eine neue Ganztagsbetreuungseinrichtung, und einige Straßen- und Brückenfinanzierung zu schultern sein werden. Positiv ist auch, dass in die Planung zur dringend notwendigen Erweiterung des Feuerwehrgebäudes in Mainburg eingestiegen wird. Jedoch fehlen dazu im Finanzplan die notwendigen Investitionskosten.

Freiwillige Leistungen werden künftig deutlich stärker hinterfragt werden müssen, die fetten Jahre sind nämlich bald vorbei. Das Fragezeichen hinter der Beteiligung an einer neuen Landkreis-Lehrschwimmhalle etwa ist nach dem letzten Kreistagsbeschluss übermächtig geworden. Die laufende finanzielle Verantwortung soll nach über 4 Jahren des politischen Tauziehens überwiegend auf die Stadt abgewälzt werden. Doch dies ist für die Stadt nicht leistbar. Ob es eine finanziell darstellbare Lösung ggf. mit privater Beteiligung geben kann, ist noch völlig offen.

Wir leben in Zeiten, in denen an vielen Stellen immer klarer wird, dass ein „Weiter so“ nicht mehr funktioniert. Das werden wir in den kommenden Jahren deutlich am Verschwinden der freien Finanzspanne spüren. Wir haben bereits im vergangenen Jahr gefordert, stärker zu priorisieren, und eine Sanierung der Stadthalle statt dem Neubau zu verfolgen. Nun wird das auch so geschehen, weil leider erst nach dem Stadtratsbeschluss zur Standortfrage und einem danach initiierten Bürgerentscheid klar wurde, dass eine neue Stadthalle auf absehbare Zeit nicht zu finanzieren sein wird.

Wichtig also wäre künftig, möglichst konkret definieren, was man braucht und vor allem was es ungefähr kosten wird, bevor man Beschlüsse fasst. So sollte für den Innenhof der Alten Knabenschule, der nach dem umstrittenen Abriss des Stadels kein Gesicht mehr hat, bald eine Aufwertung in den Gremien diskutiert werden. Eine moderne, barrierefreie, mittels ISEK förderfähige Erweiterung der Bücherei und des Heimatmuseums auf Basis einer früheren bereits genehmigten Planung, idealerweise unter Einbeziehung des ehemaligen Lehrerwohnhauses, sollte nicht mehr lange aufgeschoben werden.

Es ist auch für unsere Stadtkasse absehbar, dass sich neben gestiegenen Beschaffungs-, Finanzierungs- und Personalkosten und einer stetig steigenden Kreisumlage, hinsichtlich der Kosten weiterhin die über Jahrzehnte aufgebaute Abhängigkeit zu den fossilen Energieträgern rächt. Es muss daher ein viel stärkerer Fokus auf die städtische Energie- und Wärmewende gelegt werden. Städtische Gebäude müssen sukzessive energetisch saniert werden. Leider fehlen solche Vorhaben zur energetischen Gebäudesanierung im Finanzplan bisher gänzlich.

Wir plädieren seit langen Jahren für das Vorantreiben der Energiewende. Die Erneuerbaren Energien schaffen neben ihrer Bedeutung für den Klimaschutz Unabhängigkeit, ermöglichen oft bereits kurzfristig eine Reduktion der Wärme- und Stromkosten und ermöglichen eine hohe regionale Wertschöpfung. Insbesondere die Windenergie fehlt in Mainburg noch komplett. Auch wenn wir im südlichen Landkreis derzeit durch militärische Überflugkorridore in den Bauhöhen beschränkt sind, sollte die Stadt proaktiv vorgehen, sich also wichtige Standorte sichern und für mögliche Projekte

Ausnahmegenehmigungen zu erwirken. Der Ausbau der Photovoltaik auf städtischen Dächern wurde auf unseren Antrag hin untersucht und schon vor zwei Jahren beschlossen. Leider ist da allerdings bisher kaum etwas passiert. Klima-, Natur- und Umweltschutz sind kommunale Aufgaben mit Verfassungsrang und dürfen nicht nebenbei und halbherzig angegangen werden. Ebenfalls vor 2 Jahren wurde nach den stark gestiegenen Energiepreisen eine jährliche Gas- und Stromverbrauchseinsparung von 15% für alle städtischen Einrichtungen beschlossen. Hier hätten wir gern bald, wie schon mehrfach eingefordert, eine Aufstellung über die tatsächliche Verbrauchs- und Kostenentwicklung.

Über unseren letztjährigen Antrag zur Schaffung einer Stelle für ein professionelles Grün- und Ausgleichsflächenmanagement gab es im Kreis der Fraktionssprecher die mehrheitliche Sicht, dass eine bestehende Stelle im Bauamt zu 50% dazu umgewidmet werden soll. Dies wurde aber nicht realisiert. Jetzt sollen die bisher dazu von der Verwaltung in geringerem Umfang übernommenen Aufgaben auch noch auf die Klimaschutzmanagement-Stelle übertragen werden, was wir in keinem Fall mittragen. Dies widerspricht dem Stadtratsbeschluss zur Schaffung dieser Stelle, die beschlussgemäß ausschließlich für die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Klimaschutz und Mobilität vorgesehen ist, wie zum Beispiel der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes!

Die fortwährende Ausweisung von Wohnbau- und Gewerbeflächen sprengt schon seit längerem das Maß des Verträglichen. Eine Politik des stetigen Wachstums ist nicht zukunftsfähig. Wir müssen in Bezug auf Flächen-, Ressourcen- und Energieverbrauch drastisch umdenken. Die Nachteile des hohen Flächenverbrauchs für Grundwasserbildung, Hochwassergefährdung und Artensterben sollten bekannt sein.

Wir weisen in dem Zusammenhang nochmals darauf hin, dass Personalkapazitäten in Stadt und BEM nur dann für die Errichtung von Wohneigentum eingesetzt werden dürfen, wenn die Nutzung sozialen Gesichtspunkten genügt, also zum Beispiel die Vergabe nach dem Einheimischenmodell erfolgt, was bisher nicht beachtet wurde.

In allen Bereichen, nicht nur im Bauwesen, geht es jetzt darum, Bestand zu erhalten und qualitativ hochwertig zu sanieren. Wir vermissen nach wie vor konkrete Konzepte zu einer verbesserten Bestandsnutzung, wie etwa ein Gebäude-Tauschprogramm mit einem Angebot von zentrumsnahen Wohnungen für Senioren. Deutlich erkennbar ist leider die fehlende Wertschätzung für sanierungsbedürftige, aber bedeutsame Liegenschaften in der Altstadt. Einer der größten politischen Fehler in den vergangenen Jahren ist das fehlende Engagement, das Christlanwesen, eines der wichtigsten Areale im Herzen der Stadt direkt neben dem Rathaus, trotz großzügiger Fördermöglichkeiten nicht für das städtische Eigentum zu sichern. Nachdem sich die neue Stadthalle in Luft aufgelöst hat, ist es umso wichtiger, hier nochmals in Gespräche einzusteigen. Ebenso müssen wir uns baldmöglichst der Sanierung des Gebäudes Marktplatz 14 widmen. Der Fokus muss in die Aufwertung und Stärkung der Innenstadt gelegt werden, um Leerstände zu reduzieren und die Besucherfrequenz dauerhaft zu steigern. Qualität statt Quantität.

Die Ausrichtung der Stadtpolitik ist nicht zeitgemäß und widerspricht aus den genannten Gründen unseren Zielen zum Teil deutlich. Daher können wir der vorgelegten Haushalts- und Finanzplanung leider nicht zustimmen.

Der Verwaltung danken wir für die jederzeit gute Zusammenarbeit.
Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Mainburg, den 23. April 2024

Für die ÖDP-Fraktion
Annette Setzensack, Fraktionssprecherin